

Wilsdruffer Tageblatt

Zeitung Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfach 101 Leipzig 25614

Abdruck mit Erlaubnis der Gewerkschaften...
Abdruck mit Erlaubnis der Gewerkschaften...
Abdruck mit Erlaubnis der Gewerkschaften...



Inhalt...
Inhalt...
Inhalt...

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt...
Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Räßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 116.

Sonnabend den 21. Mai 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Montag vormittags 11 Uhr sollen im Rathaus — Sitzungssaal — die städtischen Grasnutzungen unter den im Termin bekanntzugebenden Bedingungen an den Meistbietenden verpachtet werden.

Wilsdruff, am 20. Mai 1921.

4046

Der Stadtrat.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die bürgerlichen Parteien in Braunschweig halten das Weiterbestehen des dortigen Landtages für gesetzwidrig und haben die Entscheidung des Staatsgerichtshofes angetrieben.
- * Die Meldung, daß dem bayerischen Handelsminister Hannu das Reichsfinanzministerium angeboten worden ist, wird offiziös demontiert.
- * Der Salzburger Landtag beschloß am 20. Mai, als den Tag für die Abstimmung über den Anschluß an Deutschland, festzuhalten.
- * Lloyd George hat neue Erklärungen über Englands Stellung zur oberösterreichischen Frage abgegeben.
- * Die italienische katholische Volkspartei hat an den Reichstanzler Dr. Winter ein Begehrungsschreiben gerichtet.
- * Der rumänische Wirtschaftsrat beschloß, die Einfuhrabgabe auf deutsche Waren mit sofortiger Wirkung aufzuheben.
- * Eine amerikanische Note an Polen erklärt, daß die amerikanische Regierung in die Streitfragen über die oberösterreichische Grenze nicht verwickelt werden möchte.

Landwirtschaftlicher Aufbau.

Über die Notwendigkeit, die Erzeugungskraft unserer Landwirtschaft zu stärken, herrscht heute Einmütigkeit. In dieser Beziehung gibt es keine Meinungsverschiedenheit zwischen den politischen Parteien von ganz rechts noch ganz links. Über das „Wie“ dieser vermehrten Aufmerksamkeit, die der Entwicklung der Ertragsfähigkeit unseres heimischen Bodens zuzuwenden ist, mögen die volkswirtschaftlichen und fachwissenschaftlichen Ansichten auseinandergehen, die Dringlichkeit der Aufgabe selbst leugnet niemand.

Gegenwärtig werden im Reichswirtschaftsrat Verhandlungen darüber gepflogen, ob in der Land- und Forstwirtschaft und in der Fischerei ein Beschäftigungsnachweis einzuführen sei, wie es von verschiedenen Mitgliedern beantragt wurde. Ob die Beleggründe, aus denen der Antrag hervorgegangen ist, über kurz oder lang in entsprechenden Verordnungen ihren Niederschlag finden werden, bleibt abzuwarten. Die Bestenworter des Antrages stehen auf dem Standpunkt, daß die Landwirtschaft nur von dem gemästert werden kann, der über gebührende praktische und theoretische Kenntnisse verfügt. Solche braucht nicht nur der Verwaltungsbeamte, welcher über schwerwiegende Maßnahmen zu entscheiden hat, sondern auch jeder einzelne, der einen Betrieb anleitet, nicht nur auch der Landwirt. In Deutschland steht nämlich nicht mehr wie bis zum Kriege die Industrie an Bedeutung vor, sondern neben der Landwirtschaft. Die Produktion innerhalb der Landesgrenzen bietet allein die Grundlage für den Aufbau des deutschen Wirtschaftslebens und nicht zum mindesten auch gerade die Grundlage für das Wiedererlangen der deutschen Industrie. Diese Erkenntnis bricht sich mehr und mehr Bahn. Da sich vor dem Kriege auch Augen staunend auf die gewaltigen Fortschritte der Technik und Industrie richteten, hatte man, von dem Glanze dieses Aufschwunges geblendet, der landwirtschaftlichen Erzeugung nicht die gebührende Aufmerksamkeit gewidmet. Man überließ, daß die Steigerung der deutschen landwirtschaftlichen Erzeugung zum großen Teil der Einfuhr ausländischer Futtermittel und Düngemittel zu danken gewesen ist. Man beachtete nicht, daß die landwirtschaftliche Technik — trotz aller Ertragssteigerungen im einzelnen — nicht auf der Höhe stand, auf der sie hätte sein können, und die eine weit größere Ertragsfähigkeit der heimischen Scholle ermöglicht hätte.

Jetzt kommt es darauf an, daß wir vom Auslande möglichst unabhängig werden, und daß unsere Landwirtschaft Höchstleistungen vollbringt. Wir können eine so große Einfuhr wie gegenwärtig auf die Dauer nicht bezahlen; ist doch mehr als die Hälfte des deutschen Volkes in seiner Ernährung auf das Ausland angewiesen. Die notwendige Ertragssteigerung läßt sich aber nur erreichen, wenn die Landwirtschaftswissenschaft, welche in Deutschland geschaffen und wie in keinem andern Staat gefördert wurde, auch nutzbringend in die Praxis übertragen wird. Von den 5 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben unseres Landes haben bisher nur einige zehntausend unmittelbar aus dem Vorne der wissenschaftlichen Forschung geschöpft und deren Ergebnisse nutzbringend verwendet. Die Überzahl aller Betriebe aber verfuhr von dem Brausen der neuen Zeit kaum einen Hauch; denn der Sohn wirtschaftet im großen und ganzen so weiter, wie er es vom Vater gelernt hatte. Eine Änderung läßt sich nur durch einen großzügigen Ausbau des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens schaffen, indem vor allen Dingen die Zahl der niederen und mittleren Lehranstalten vermehrt wird. Zu ersteren gehören die „ländlichen Fortbildungsschulen“, welche besonders für Landarbeiter und

Strebendauern in Betracht kommen, ferner die „landwirtschaftlichen Schulen“ und die „Ackerbauhöfen“. Gerade die landwirtschaftlichen Schulen, deren Unterricht sich auf zwei aufeinanderfolgende Winterhalbjahre erstreckt, sind besonders geeignet, um die mittel- und großbäuerlichen Landwirte mit den Grundrissen der modernen Landwirtschaft vertraut zu machen. Das mittlere landwirtschaftliche Schulwesen, welches bisher nur wenig ausgebildet ist, verdient gleichfalls eine großzügige Förderung, denn die in diese Gruppe gehörenden Lehranstalten für praktische Landwirte sind besonders geeignet, zukünftigen Verwaltern größerer Güter die nötigen Kenntnisse zu vermitteln. Auch das Hochschulstudium bedarf einer auf die Forderungen der Praxis Rücksicht nehmenden Reform; und diese ist ja auch bereits in die Wege geleitet.

Unbedingt erforderlich ist, daß die Bedeutung der landwirtschaftlichen Technik für Deutschland allgemein anerkannt wird, und daß man sich von dem in vielen Kreisen noch herrschenden Glauben freimacht, die freie Wirtschaft allein genüge, um die Nahrungsmittelversorgung des Volkes wieder auf eine gesunde Grundlage zu stellen.

Lloyd George bleibt fest.

Gegen französische und polnische Willkür.

Das hysterische Geschrei der Pariser Presse über die letzte Rede Lloyd Georges zu den oberösterreichischen Angelegenheiten hat den englischen Premierminister nicht irre gemacht. Diesmal scheint er fest — wenigstens einstweilen — bei seiner Meinung über die Grundzüge der Gerechtigkeit, wenigstens in diesem Punkte, beharren zu wollen. Er wendet sich in seiner an die Londoner Zeitungen verfassten Erklärung direkt gegen die französische Hege und sagt unzweideutig seine Ansicht über die Verantwortlichkeit der von Frankreich und Polen unternommenen Anknüpfungspolitik. Die bemerkenswerte Erklärung wird als ernste Warnung an Frankreich angesehen. Es heißt darin u. a.:

Natürlich kann ich nur die Verantwortlichkeit übernehmen für das, was ich wirklich gesagt habe und nicht für die Verdrehungen, die französische Blätter davon gemacht haben. Mit allem Respekt möchte ich der französischen Presse sagen, daß ihre Behauptung, jede Äußerung der öffentlichen Meinung bei den Bundesgenossen, die nicht mit ihrer eigenen Meinung harmoniert, als eine Unverschämtheit zu behandeln, ganz unglücklich ist. Eine solche Gemütsverfassung muß auf die Dauer für jede Entente gefährlich werden. Wir wollen die Bestimmungen des Vertrages von Versailles ehrlich ausführen, ganz gleich, ob dies zufällig zugunsten oder zum Nachteil von Deutschland ist. Aber das Los von Oberschlesien muß durch den Obersten Rat und nicht durch Korridore entschieden werden. Die Länder des Vertrages von Versailles dürfen nicht ungestraft in Europa Töpfe in Stücke schlagen. Der eine oder der andere muß sie beim Krug nehmen, sonst haben wir ewig Unruhe. Wer die Bestimmungen so behandelt, als ließe er Willkür und Vorurteil, wird nicht lange zu warten brauchen, um seine Halsstarrigkeit zu bereuen. Das englische Volk wird nicht versuchen, sich seiner Verantwortung, die ihm der Vertrag auferlegt, zu entziehen. Vorübergehend ist es unmöglich, daß wir Truppen senden, aber wir erwarten mit Vertrauen, daß dies bald wieder möglich ist. Die englische Regierung hätte die Verteilung Oberschlesiens gern auf der letzten Konferenz geregelt. Man konnte damals bereits alle Einzelheiten der Abmachung. Unsere Bundesgenossen waren jedoch nicht bereit, damals die Diskussion zu beginnen. Wir wollen ehlich die Entscheidung abwarten, die die Mehrheit der Mächte, die laut dem Vertrag Stimme haben, bei der Bestimmung der Grenze von Oberschlesien fällen wird, wie sie auch ausfallen möge. Wir erkennen das Ergebnis der Volksabstimmung vollkommen als Äußerung des Willens des oberösterreichischen Volkes an. Wir sind in den großen Krieg gegangen und haben bei der Verteidigung eines alten Vertrages, an den unser Land gebunden war, erhebliche Verluste erlitten. England wird es nie über sich bringen, mit den Händen in den Taschen zuzusehen, wie ein Vertrag mit Füssen getreten wird, den seine Vertreter vor kaum zwei Jahren unterzeichnet haben.

Die Verlegenheit in Paris ob dieser sehr verständlichen Darlegungen Lloyd Georges ist natürlich groß. Die Blätter finden nur schwächliche und inhaltlose Phrasen und Briand erklärte, er müsse vorläufig bei seiner Auffassung bleiben und weitere Dolomone über die Abstimmung abwarten.

Keine Freiwilligen-Anwerbungen für Oberschlesien

Dem Auswärtigen Amt in Berlin ist eine Note der Interalliierten Militärkommission zugegangen, in der gegen die Anwerbung von Freiwilligen für Oberschlesien Stellung genommen wird.

Die Note weist darauf hin, daß in verschiedenen Teilen Deutschlands die Anwerbung von Freiwilligen für Schlesien lausend. Es wird gefordert, sofort Maßnahmen zu treffen, um diese Anwerbungen, die in Widerspruch zu den Bestimmungen des Friedensvertrages stän-

den, zu verhindern und die Auflösung der in Schlesien bereits gebildeten Formationen herbeizuführen. Die Kontrollkommission bittet um Mitteilung der zu diesem Zwecke unternommenen Schritte.

Die Reichsregierung erläßt im Anschluß an diese Note die Mahnung, solche Anwerbungen und Aufforderungen dazu zu unterlassen. Unter voller Würdigung der Empfindungen des deutschen Volkes warnt die Regierung vor allen Bestrebungen, die darauf abzielen, durch Bildung von Freiwilligenformationen den bedrängten oberösterreichischen Brüdern zu helfen. Es wird auf die Strafbarkeit hingewiesen, Aufrufe nach dieser Richtung zu erlassen oder sie in der Presse aufzunehmen.

Der polnische Terror dauert an

Sowohl von Weiden, wie von Kattowitz und Hindenburg und auch von Breslau war in den letzten Tagen telephonische Verbindung mit Kattowitz zu erreichen. Es muß daher angenommen werden, daß um Kattowitz oder in der Stadt selbst besondere Dinge vorgehen. Zu dem Raube von 14 Lokomotiven im Maschinenpark des Hauptbahnhofes in Kattowitz, gegen den die französische Wache nicht eingeschritten war, erklärte der französische Ortskommandant, daß die Wache zu schwach gewesen sei, um gegen die Übermacht aufzutreten. Die Kattowitzer Eisenbahner haben infolge dieses Verkommnisses abgelehnt, den wie üblich nach Oppeln abgehenden sogenannten Ententezug zu fahren. Sie erklärten, daß sie den Zug erst wieder abgehen lassen würden, wenn die 14 Lokomotiven zurückgegeben worden seien. Die polnischen Insurgenten haben, ähnlich wie in Kattowitz, auch vom Hauptbahnhof in Weiden 18 Lokomotiven gestohlen. Aus den Ortschaften des Landkreises Weiden werden härtere Zusammenstöße der Aufständigen gemeldet. Von einem Rückzug der Aufständigen ist bisher immer noch nichts zu merken. Aus dem Kreise Kattowitz wird eine lebhaftere Tätigkeit polnischer Streifen gemeldet. Die Stadt Kattowitz wurde von den Insurgenten besetzt, die aber nach Verhandlungen den Ort wieder räumten. Während der Anwesenheit der Aufständigen in der Stadt kam es zu Ausschreitungen gegen deutsche Besatzungsbeamte und zu Plünderungen deutscher Geschäfte. Im Kreise Groß-Strehlitz scheiterte ein Vorstoß der Aufständigen gegen Bogolin. Im Kreise Kreuzburg griffen die Polen ohne Erfolg Ustich und Goble an. Die Ortschaften konnten aber gehalten werden und die Polen wurden später sogar gestonnen. Gleichwohl zu räumen. Aus Kattowitz zurückgekehrte Eisenbahner berichten, daß in der Stadt und besonders auf dem Bahnhofs mit-willigerweise schwere Beschädigungen angerichtet worden sind. Die Empfangsgebäude, die Wartehäuser und ein beträchtlicher Teil der Arbeiter- und Beamtenwohnungen wurden zerstört und das Mobiliar der Einwohner teils zerstört, teils schwer beschädigt.

Die ersten 150 Goldmillionen.

Sicherstellung des Zinsendienstes.

Die Kriegsschadikungskommission der Entente in Paris ist inzwischen in den Besitz der deutschen Note über die Zahlung der ersten 150 Millionen Goldmark gekommen. Diese Summe wird sich wie folgt zusammensetzen: 10 675 000 Dollar, 3,5 Millionen Pfund Sterling, 22 Millionen franz. Franc, 4 Millionen schweiz. Franc, 5 Millionen belg. Franc, 2 Millionen holl. Gulden, 6,5 Millionen dän. Kronen, 3 Millionen schwed. Kronen, 3,5 Millionen norw. Kronen, 8,5 Millionen Pesetas. Dies ergibt zum New Yorker Kurse vom 13. 5. umgerechnet eine Gesamtsumme von 140 Millionen Goldmark. Die restlichen 10 Millionen ist die deutsche Regierung bereit, dorthin zu bezahlen, wozu es die Reparationskommission bestimmt. Die obgenannte Summe kann sofort in Schecks überwiesen werden. Die Reparationskommission hat sich sofort mit der Bank von Frankreich und der Bank von England ins Einvernehmen gesetzt, um diese Summe in Dollars zu konvertieren. In einer weiteren Sitzung der Kommission, der auch Herr von Dergan beiwohnen wird, soll darüber entschieden werden, in welcher Weise die weiteren 850 Millionen von Deutschland zu zahlen sein werden. Diese ganze Milliarde wird dazu dienen, um den Zinsendienst und die Amortisation für die erste Serie der deutschen Schuldverschreibungen, die bis zum ersten Juli zu übergeben sind, sicherzustellen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

England für Aufhebung der Sanktionen.

Nach einer Meldung des Pariser „Journal“ versichert man, daß der englische Vertreter in der Rheinlandskommission eilig nach London berufen wurde. Diese Reise hänge zusammen mit einer Note, die die englische Regierung nach Paris gerichtet habe über die Aufhebung der Sanktionen, die vor einigen Wochen in London beschlossen worden seien, also über die Räumung der Städte Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und die Aufhebung der Zollgrenze am Rhein.